

der Landesregierung 20 Stunden Arbeitszeit pro Frage erfordert, halten Sie das für gerechtfertigt? – Zum einen.

Zum Zweiten: Wenn Sie einmal den Vergleich mit Großen Anfragen der Koalitionsfraktionen anstellen – nehmen Sie die Anfrage zu Potenzialen des Radverkehrs, in der Sie für jede einzelne Kommune abgefragt haben, wie viele Fahrradboxen es dort gibt, wie viele Radzähler dort stehen usw.; auf alle diese Fragen hat die Regierung genauso wie bei uns geantwortet, dass dazu keine landesweite Statistik vorliegt –, würden Sie diesen Vorwurf auch an die Kollegen Ihrer Koalitionsfraktionen adressieren?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, bitte schön.

Hartmut Ganzke (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr geehrter Herr Kollege Witzel, zunächst einmal ist das kein Vorwurf gewesen, den ich hier eben gebracht habe. Ich habe aus der Großen Anfrage zitiert, dass 6.000 Arbeitsstunden angefallen sind. Ich habe aber nichts zu Kosten gesagt. Diesen Punkt wollte ich bewusst ansprechen, weil ein Hauptaugenmerk Ihrer Großen Anfrage auf Bürokratieausweitung oder Übererfüllung in diesem Lande gerichtet ist. Ich glaube, dass es mir dann auch möglich ist, Ihnen mitzuteilen, dass ich als Parlamentarier der Ansicht bin, Sie könnten durch eine solche Anfrage möglicherweise auch wieder Bürokratie in einer anderen Art – von Ihnen wahrscheinlich nicht gewollt – Vorschub geleistet haben. Deshalb habe ich diese 6.000 Arbeitsstunden genannt.

Das andere bezieht sich auf einen Punkt, den ich in einem kleinen Halbsatz meiner Rede angesprochen habe. Ich weiß gerade auch als Jurist, dass insbesondere im Bereich der bundesstaatlichen Regelungsdichte und der europäischen Regelungsdichte wir alle – das kann ich, obwohl ich nicht Regierungsmitglied bin, auch für die Regierung sagen, glaube ich – gefordert sind, möglicherweise auf anderen Ebenen dafür zu sorgen, dass diese Regelungsdichte nicht weiter so fortschreitet, wie wir sie manches Mal gerade in unserer Ausgestaltung brauchen und auch bei den Kommunen nachfragen müssen.

Das zur Beantwortung Ihrer Fragen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Ganzke. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Spiecker.

Rainer Spiecker (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Namen

der CDU-Landtagsfraktion danke ich den Mitarbeitern in den Häusern herzlich für die viele Arbeit, die sie in die Beantwortung dieser Großen Anfrage gesteckt haben. Außerdem danke ich den Kollegen der FDP dafür, dass sie diese Große Anfrage auf den Weg gebracht haben, weshalb heute die Gelegenheit besteht, einmal mehr über das wichtige Thema „Bürokratieabbau“ zu sprechen.

Uns alle haben Ende März dieses Jahres die aktuellen Zahlen des statistischen Landesamtes zum Wirtschaftswachstum schockiert. Während die Wirtschaft 2015 bundesweit um 1,7 % wachsen konnte, gab es an Rhein und Ruhr ein Nullwachstum – Platz 16 von 16 Ländern. Das ist der vorläufige traurige Höhepunkt einer mehr als 25 Jahre anhaltenden Entwicklung. Seit 1991 wächst die Wirtschaft in unserem Land im Vergleich zu den übrigen westdeutschen Ländern unterdurchschnittlich.

(Norbert Meesters [SPD]: Wir sind aber trotzdem ganz weit oben!)

Die Wachstumslücke hat sich mittlerweile auf über 10 % aufsummiert. Land und Kommunen gehen hierdurch jährlich mehr als 3 Milliarden € Steuereinnahmen verloren. Dem Arbeitsmarkt fehlen mehr als 300.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Ursächlich für das unterdurchschnittliche Wachstum ist nicht der Strukturwandel, sondern sind zu geringe Investitionen in Nordrhein-Westfalen. So ist beispielsweise die Investitionsquote im verarbeitenden Gewerbe nur in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein noch geringer als in Nordrhein-Westfalen. Das gibt schon zu denken.

(Norbert Meesters [SPD]: Das liegt am Jagdgesetz, nicht?)

In Bayern ist die Investitionsquote um 25 %, in Baden-Württemberg, wo Grün-Schwarz regiert, sogar um 45 % höher. Darüber würde ich mir mal Gedanken machen.

Nach einer Studie des Arbeitgeberverbandes Metall- und Elektroindustrie NRW steigt die Verlagerung von Produktionsaktivitäten dieser Branche ins Ausland rapide an. So fließen bereits jetzt 45 % der Investitionen ins Ausland; in fünf Jahren werden es nahezu 50 % sein. Laut Studie werden zusätzliche Belastungen durch Regulierungen der Politik in Bund und Land von den Unternehmen als gravierende Investitionshemmnisse empfunden. Unsere überbordende Bürokratie erweist sich damit zunehmend als Wachstums- und vor allem als Wohlstandskiller.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, in der Vorbemerkung der Landesregierung zur Antwort auf die Große Anfrage heißt es: